

PRESSEINFORMATION 61/2024

Grundsatzpapier fokussiert die Schaffung von Wohnraum durch Mitarbeiterwohnungen

Mehr bezahlbarer Wohnraum für Fachkräfte: BWIHK fordert gemeinsame Anstrengungen von Wirtschaft und Politik

Stuttgart, 30. August 2024 – Die weiter angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt ist nicht nur für viele Kommunen, sondern genauso für ansässige Unternehmen eine riesige Herausforderung. Bezahlbare Mieten, die Verfügbarkeit von freiem Wohnraum und die Kosten für Wohneigentum gehören inzwischen zu den maßgebenden Faktoren für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ihrer Entscheidung für eine Region. Deshalb macht für Betriebe der vielerorts massive Mangel an bezahlbarem Wohnraum für deren Beschäftigte und potenzielle Fachkräfte nun sogar ein hohes Gefährdungsrisiko für den Wirtschaftsstandort selbst aus. Vor diesem Hintergrund hat der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) über die im Bereich Wohnen und Bauen federführende IHK Ostwürttemberg ein neues Grundsatzpapier zum Schaffen von mehr Wohnraum per Mitarbeiterwohnungen erarbeitet. Auf 16 Seiten gibt es Vorschläge zu Maßnahmen, die den Bau solcher Wohnungen ankurbeln können.

Thilo Rentschler, Hauptgeschäftsführer der federführenden IHK Ostwürttemberg, erläutert: „Beispielsweise kann die Wirtschaft ihren Beitrag leisten, indem Grundstücke, die nicht mehr für den Betrieb erforderlich sind, für Wohnbau zur Verfügung gestellt werden können. Genauso kommt die Umwandlung von nicht mehr benötigten Bürogebäuden und -flächen in Frage. Das klappt aber nur, wenn sich die Rahmenbedingungen z. B. hinsichtlich bürokratischem Aufwand entsprechend verbessern. Denn die Flächen müssen dafür gegebenenfalls planungsrechtlich umgenutzt werden. Dazu gilt es, den Austausch zwischen Unternehmen und Kommunen zügig zu intensivieren, um neue Flächennutzungen gemeinsam zu analysieren und rechtlich praxistaugliche Lösungen zu finden.“

Der BWIHK nimmt auch die Politik aller Ebenen – Kommunen, Land und Bund – in die Pflicht: „Baulandreserven und Bereiche für eine Nachverdichtung müssen schneller aktiviert, neue urbane Gebiete gemäß der neuen Baurechtsnovelle schneller ausgewiesen werden“, so Rentschler.

Das Land selbst könne landeseigene Liegenschaften zu vergünstigten Konditionen zum Bau von Mietwohnungen zur Verfügung stellen. Und es gelte, für die Schaffung von Mitarbeiterwohnraum das Baurecht weiter zu vereinfachen, Genehmigungsverfahren zu beschleunigen und steuerliche Anreize für Unternehmen zu schaffen. Dazu gehöre auch, die Steuerschädlichkeit des Werkwohnungsbaus bei Unternehmensübertragungen zu beseitigen, zählt der IHK-Themenexperte auf. „Ganz zum Schluss, dass liegt uns als Träger der dualen Ausbildung und Fachkräfte-Schnittstelle zu den Mitgliedsunternehmen wirklich am Herzen, dürfen beim Thema (Mitarbeiter-)Wohnraum Auszubildende und Studierende nicht vergessen werden. Auch sie sind mehr denn je auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen“, erinnert HGF Rentschler abschließend an die Situation des Nachwuchses.

Weitere Infos zum BWIHK-Papier:

Neben Vorschlägen und Maßnahmen wird anhand von Best-Practice-Beispielen gezeigt, wie durch kluges Zusammenwirken verschiedener Akteure neuer (Mitarbeiter-)Wohnraum geschaffen werden kann. Dazu gehören unter anderem der Bau von rund 330 Apartments für Beschäftigte eines Klinikums in Stuttgart, das Errichten von 115 Wohnungen, auch für Studierende, durch ein Lebensmittel-Handelsunternehmen in Waldbronn sowie der Bau von 30 Wohneinheiten in Balgheim für Auszubildende oder Mitarbeitende als Angebot für Betriebe zum Mieten oder Kaufen, welche als Kooperationsleistung mehrerer Gemeinden und lokaler Arbeitgeber entstanden sind.

Diese und weitere Presseinformationen finden Sie [hier](#), das Grundsatzpapier [dort](#).

Ansprechpartner für Medienschaffende/Redaktionen:

BWIHK | Federführung Wohnungsbau & Immobilienwirtschaft
IHK Ostwürttemberg
Sascha Kurz
Tel.: 07321 324-129
kurz@ostwuerttemberg.ihk.de

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) ist eine Vereinigung der zwölf baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern (IHKs). In Baden-Württemberg vertreten die zwölf IHKs die Interessen von weit mehr als 650.000 Mitgliedsunternehmen. Zweck des BWIHK ist es, in allen die baden-württembergische Wirtschaft und die Mitgliedskammern insgesamt betreffenden Belangen gemeinsame Auffassungen zu erzielen und diese gegenüber der Landes-, Bundes- und Europapolitik sowie der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) und anderen Institutionen zu vertreten.